

Umstrittene Pläne für eine Kunsthalle

AUF EINER BÜRGERVERSAMMLUNG WURDE ÜBER DIE KÜNFTIGE GESTALTUNG DES MAUERSTREIFENS DISKUTIERT

Stadtplan mitte 10/06

Noch immer wird über den Bau einer privaten Kunsthalle in der Auguststraße 68 diskutiert. Fest steht, dass sowohl Landes – als auch Bezirkspolitiker das Projekt unterstützen und befördern. Auch in der Bezirksverwaltung gibt es grundsätzliche Zustimmung zu dem Vorhaben – allerdings gehen die Vorstellungen über die Form auseinander.

Wie berichtet, will ein Kunstsammler auf dem bislang unbebauten Grundstück zwischen den Kunstwerken und dem Sportplatz Kleine Auguststraße eine Kunsthalle errichten. Ursprünglich sollte er ausschließlich eine private Kunstsammlung aufnehmen, also zu 100% gewerblich genutzt werden, obwohl ein städtebaulicher Vertrag und auch die Sanierungsziele des Bezirks hier ein Gebäude mit überwiegendem Wohnanteil vorsahen. Zudem sahen die Ursprungspläne eine überaus massive Bebauung vor, die so nicht genehmigungsfähig gewesen wäre.

Inzwischen sind die Planungen nach Verhandlungen zwischen Investor und Sanierungsbeteiligten modifiziert worden. Nun soll nur noch ein Teil der Kunstsammlung hier untergebracht werden. Doch umstritten ist immer noch die städtebauliche Form. Der Investor strebt eine fast vollständige Überbauung des Grundstücks an. Alternativ hat das Koordinationsbüro einen Vorschlag entwickelt, der bei gleicher Bruttogeschossfläche eine gebiets-typischere Bebauungsform vorschlägt, die statt eines kompakten Quaders eine Struktur aus Vorderhaus, Seitenflügel und Quergebäude samt einem kleinen Innenhof vorsieht.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung empfiehlt, dass dieser Vorschlag mit dem Eigentümer diskutiert wird. Sie weist darauf hin, dass die bislang beabsichtigte Art und das Maß der Bebauung weder den konkreten noch den allgemeinen Sanierungszielen des Bezirks entspreche und sich nicht in das Gebiet einfüge. Zudem wird befürchtet, dass bei einer Genehmigung der jetzigen Pläne ein Präzedenzfall mit schwerwiegenden Folgen geschaffen werden könnte: Bislang hat der Bezirk fast hundertprozentige Bebauungen von Grundstücken versagt. Genehmigt er es jetzt, muss er damit rechnen, dass auch andere Eigentümer mit Verweis auf das Gleichbehandlungsprinzip solche massiven Bebauungen durchsetzen wollen.